

Aufruf zur Bildungsdemo am 21.11.09 in Stuttgart

Wir machen weiter! - Jetzt erst Recht!

Im Juni 2009 sind in über einhundert Städten 270.000 SchülerInnen, Studierende, Azubis, Lehrende und ErzieherInnen gemeinsam auf die Straße gegangen, um gegen die unzumutbaren Zustände im Bildungssystem zu protestieren. Trotz großer Aufmerksamkeit hat sich bisher fast nichts geändert – unsere zentralen Forderungen wurden nicht erfüllt.

Nach der Bundestagswahl wird nicht über breit angelegte Verbesserungen im Bereich der Bildung gesprochen, sondern es werden Eliteförderung und Kürzungen im Bildungssektor geplant. Anstatt allen Personen Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen, soll vor allem die Begabtenförderung ausgebaut werden. Das Land Baden-Württemberg will im Jahr 2010 54 Millionen Euro beim Kultusministerium (2011: 73,6 Millionen) und 12,7 Millionen im Wissenschaftsministerium (2011: 16,6 Millionen) kürzen.

Unsere Bildungsproteste des Sommers zeigen, dass dies nicht mehr hingenommen wird und sind gleichzeitig Teil der vielseitigen Proteste gegen Kürzungen und Stellenabbau im sozialen Sektor.

Die voranschreitenden Privatisierungen im öffentlichen Sektor machen auch vor Bildungseinrichtungen nicht Halt. Durch das Einfrieren des Landesetats für die Hochschulen (seit 1996) werden diese immer abhängiger von zweckgebundenen Drittmitteln aus Unternehmen, die ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Hochschulen werden selbst mehr und mehr zu Unternehmen umgebaut, wodurch Bildung zur Ware erklärt wird.

Demokratische Mitbestimmung wird an unseren Bildungseinrichtungen zurückgedrängt und durch hierarchisches Denken ersetzt. Die Einführung des Bachelor-Master-Systems an den Hochschulen verstärkt die Anpassung der Lehrinhalte an wirtschaftliche Interessen und bedeutet eine zunehmende Verschulung der Studiengänge, durch die wichtige Freiräume verloren gehen.

Die wirtschaftlich und sozial schlechter Gestellten werden bereits in jungen Jahren benachteiligt. Aufgrund der KiTa-Gebühren können einige Eltern ihre Kinder nicht in solche Einrichtungen schicken, weshalb diese schon bei der Einschulung schlechtere Voraussetzungen haben, was insbesondere MigrantInnenkinder mit geringen Deutschkenntnissen betrifft. So haben laut der Pisa-Studie Kinder aus höheren sozialen Schichten eine fast dreimal so hohe Chance ein Gymnasium zu besuchen als Kinder aus FacharbeiterInnenfamilien. Auf der anderen Seite werden immer mehr Menschen durch Studiengebühren und unzureichendes BAföG von einem Studium abgehalten. Eine immer schlechter werdende Bildung wird mehr und mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

Menschen mit Migrationshintergrund sind von den negativen Selektionsprozessen in der Schule und der Ausbildung noch deutlich stärker betroffen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Den Realschulabschluss haben 28% der MigrantInnen zwischen 20 und 30 Jahren und 35% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund in der Tasche. Beim Abitur ist das Verhältnis 29% zu 44% und beim Fachhochschul- und Hochschulabschluss beträgt es 10% zu 22%. Außerdem verbleiben 40% der Menschen mit Migrationshintergrund ohne jegliche berufliche Qualifizierung. Das beweist, dass

aufgrund fehlender Förderung und der oft praktizierten Bevorzugung von Kindern, deren Eltern einen höheren Bildungsstand haben, es keine Chancengleichheit im Bildungssystem gibt.

Auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich durch die Wirtschaftskrise und die Krisenpolitik der Parteien zusehends verschlechtert, es fehlen beispielsweise diesen Herbst 124.922 Ausbildungsplätze, obwohl sehr viele aus der Statistik fallen, da sie in einer Berufsvorbereitungsschleife oder einem Erstqualifizierungsjahr (garantiert keine anschließende Ausbildung) stecken. Diejenigen, die einen Ausbildungsplatz finden, werden in den Betrieben immer seltener übernommen.

Die Bildungspolitik kann nicht losgelöst von den krisenhaften wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden.

Bereits jetzt sind Kürzungen in der Gesundheitsversorgung, weiterer Stellenabbau, Betriebsschließungen, Abschaffung des Hartz IV Regelsatzes und in etlichen Städten Haushaltssperren geplant. Abzusehen ist, dass sich diese Politik fortsetzen und auf Bildungsinstitutionen wie Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Bibliotheken und Jugendhäuser weiter ausdehnen wird.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit, gerade in diesem Bereich auf allen Ebenen Druck zu machen, gegen die Politik der Kürzungen, der Konkurrenz und der Selektion.

Die Bildungsinstitutionen sind der Ausgangspunkt für unser weiteres Leben, bestimmen unsere gesellschaftliche Stellung und prägen maßgeblich unsere Denk- und Verhaltensweisen.

Daher sollte eine kostenlose Bildung und Ausbildung ein unabhängiger, kritischer und für alle zugänglicher Bereich sein. Dass dieser Anspruch zunehmend verletzt wird, ist eine Entwicklung, der wir entschlossenen und vielfältigen Protest entgegensetzen.

Deshalb gehen wir am 21.11. auf die Straße und fordern:

- 1.** Selbst bestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungs- und Konkurrenzdruck
- 2.** Freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studien- Ausbildungs- und Kita-Gebühren
- 3.** Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft u.a. auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- 4.** Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen sowie Mitbestimmung und Mitgestaltung der Lehrinhalte in Schulen und Hochschulen. Für letztere fordern wir die gesetzliche Grundlage zur Wiedereinführung Verfasster Studierendenschaften.
- 5.** Umsetzung bildungspolitischer Ansätze die kritisches Denken fördern
- 6.** Sofortige soziale und betriebliche Gleichstellung von MigrantInnen
- 7.** Längeres gemeinsames Lernen statt des derzeitigen, mehrgliedrigen Schulsystems
- 8.** Sofortige Umgestaltung des Bachelor-Master-Systems, Master für alle Bachelor-AbsolventInnen ermöglichen
- 9.** Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen, eine Ausbildungsplatzumlage, garantierte Übernahme nach der der Ausbildung, Abschaffung von Schmalspurausbildungen und des EQJ (Erstqualifizierungsjahres)
- 10.** Mehr LehrerInnen, kleinere Klassen, bessere Förderung von sozial Diskriminierten
- 11.** Grundlegende Reform des derzeitigen Bewertungssystems weg von punktuellen Noten hin zu konstruktivem Feedback

12. Qualifizierte Ganztagsbetreuung ohne Entgelt für Mittagessen, Sprach- bzw. Förderunterricht in allen Bildungseinrichtungen
13. Gute Bildung für alle statt Eliteförderung und Exzellenzcluster
14. Schluss mit Repressionen gegen politisch engagierte SchülerInnen, Studierende und Azubis
15. Kostenloser öffentlicher Nahverkehr, um SchülerInnen, Azubis und Studierenden einen besseren Zugang zu Bildungseinrichtungen zu ermöglichen

Beteiligt euch an den Protesten im November!
Kommt zur Demonstration am Samstag den 21.11.09 um 14:30 Uhr am HBF Stuttgart

UnterstützerInnen:

AGIF Föderation der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland,
AK Bildung der Universität Stuttgart,
Aktion Bildungsprotest Karlsruhe,
ATIK-YDG (Neue Demokratische Jugend),
Bildungsstreik- Bündnis Freiburg,
Bildungsstreik Tübingen,
DIDF Jugend,
Die LINKE.SDS Konstanz,
GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft),
Hochschulinformationsbüro der Stuttgarter Gewerkschaften (HIB),
Initiative Bildungs Offensive Konstanz,
junge GEW (LASS - Landesausschuss der Studentinnen und Studenten),
Linke Hochschulgruppe Stuttgart,
Linksjugend [solid] BaWü,
Migrationsausschuss von Verdi,
Personalrat der Universität Stuttgart,
Regionales Bildungsstreik Bündnis Rhein Neckar Raum,
SchülerInnen Aktions Komitee Stuttgart,
SchülerInnen Bündnis Ulm,
StudentenVertretung (StuVe) der Universität Ulm,
Stuttgarter Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise",
Ver.di BezJV Schwabo,
Ver.di Jugend